

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

<p>Ercheint Sonnabends Abonnementspreis 1,50 M pro Quartal bei freier Zustellung unter Kreuzband 2 M</p>	<p>Schriftleitung und Geschäftsstelle: Hamburg 25, Klaus-Groth-Straße 1, 1. Stock Fernsprecher: Nordsee 8246</p>	<p>Postcheckkonto: Vermögensverwaltung des Verbandes Hamburg 11598</p>
--	--	--

Die Tagung unseres Verbandsrates.

Am 20. und 21. Oktober hielt der Beirat unseres Verbandes im Hamburger Gewerkschaftshaus seine zweite Sitzung in diesem Jahre ab. Außer dem Kollegen Gerig, Ulm, der verhindert war, haben alle gewählten Vertreter, die Bezirksleiter, der Verbandsvorstand und vom Verbandsausschuß der Kollege Bertram, Hannover, teilgenommen. Als Beratungspunkte waren vorgesehen: 1. Bericht des Verbandsvorstandes über seine Tätigkeit und den Stand der Organisation; 2. Beschlußfassung über die Wiederinanspruchnahme sozialer Unterstützungen, und 3. Verschiedenes.

Ausgehend von der wirtschaftlichen Lage Deutschlands behandelte der Verbandsvorsitzende Kollege Streine in erschöpfenden Ausführungen die gegenwärtigen Verhältnisse in unserm Beruf. Industrie und Gewerbe sind in einem neuen Entwicklungsprozeß begriffen, der augenscheinlich zwar langsamer vor sich geht, als es im Interesse einer Gesundung der deutschen Volkswirtschaft und insbesondere der deutschen Arbeiterschaft erwünscht sei, aber unzweifelhaft Anzeichen einer Aufwärtsbewegung zeigt. Für unsern Beruf hat sich diese Umstellung bereits in diesem Jahre in einer außerordentlich guten Konjunktur bemerkbar gemacht. Obwohl oder vielleicht gerade weil das Baugewerbe vorerst nur äußerst mäßig mit Aufträgen versehen war, sind recht umfangreiche Renovierungsarbeiten durchgeführt worden. Die Zahl der beruflich vorgebildeten Kollegen hat bei weitem nicht abgenommen, um der Nachfrage zu genügen, und es ist erfreulich, daß eine große Zahl der bisher in der Industrie tätigen Berufsangehörigen im Baumalergewerbe Aufnahme finden konnte. Darüber hinaus sind aber noch Tausende ungelernter eingestellt worden, und es ist eine der dringlichsten Aufgaben unserer organisatorischen Tätigkeit, diese in unsern Verband einzugliedern. Die industriellen Betriebe haben sich als weniger anpassungsfähig erwiesen, und unsere in der Industrie beschäftigten Kollegen haben unter den Nachwirkungen der verheerenden Inflationserscheinungen durch außerordentlich starke Arbeitslosigkeit zu leiden gehabt. Einer normalen Entwicklung waren die verworrenen inner- und außerpolitischen Verhältnisse recht hinderlich. Nicht zuletzt liegt es auch an der kurzfristigen Einstellung vieler maßgebender Kreise in der deutschen Industrie und ihren Konzernen, die alles Heil nur von einer möglichst tiefen Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft erhoffen und die Gesundung unserer Wirtschaft nur durch eine Verlängerung der Arbeitszeit glauben herbeiführen zu können.

Der Inflation und dem Daniederliegen der deutschen Wirtschaft konnten sich auch die gewerkschaftlichen Organisationen nicht entziehen. War auch zu erwarten, daß ein Teil der 1918/19 in so großen Massen zu uns gekommenen Arbeitnehmer nach einiger Zeit wieder abzuwandern werde, so hat eine mit einem Eifer, der einer besseren Sache wert gewesen wäre, künstlich gesteigerte Organisationsverdrossenheit doch auch Folgen gezeigt, die nur zum Schaden der Gesamtarbeiterschaft ausschlagen können. Die agitatorische Tätigkeit war im vorigen Jahr vollständig lahmgelegt. Alle Kräfte mußten voll für die Erhaltung einer menschenwürdigen Lebensmöglichkeit eingesetzt werden, und es ist sicher ein Zeichen innerlicher Festigung, daß unser Verband sich ohne schwerere Beschädigungen durch alle Klippen hindurchgesteuert werden konnte.

Der Achtstundentag konnte ohne jede Einschränkung für das Malergewerbe gehalten werden; mit den Lohnregelungen sind wir hinter keinem anderen Beruf zurückgeblieben und bewegen uns zurzeit durchschnittlich etwa 15% über dem Friedens-Nominallohn. Oft haben die ungünstigen Verhältnisse des Baugewerbes hemmend auf weitere Fortschritte gewirkt, wie eine allzu schematische Anpassung an fremde Verhältnisse überhaupt gewisse Bedenken auslösen muß. Unsere Kollegen in der Industrie leiden vielfach unter dem schlechten Stand der führenden Berufsgruppen und trachten vielfach danach, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen durch eigene Bewegungen zu verbessern. Bei der außerordentlichen Notlage, in der sich unsere Kollegen durch die langen Arbeitslosigkeitsperioden der letzten Jahre befinden, ist es verständlich, daß sie vielfach durch vermehrte Leistung von Ueberstunden und die Uebernahme sogenannter Pfuscharbeiten ihren Etat zu verbessern suchen. Auch dieser Erscheinungen hat unsere Organisation die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, um hier wie auch auf den Gebieten des Gesundheits- und Unfallschutzes den großen Schädigungen des Gesamtberufes vorzubeugen.

Durch Einleitung einer regen Werbearbeit müssen die Mitgliederverluste wieder eingeholt werden; denn es darf uns nicht genügen, daß der Mitgliederstand den Verhältnissen der Vorkriegszeit entspricht oder gar verhältnismäßig höher ist. Der Pflege technischer Ausbildung muß in nächster Zukunft näher getreten werden; auch die Veranstaltung von Kursen, die Vermittlung und Beschaffung vorbildlicher Fachliteratur muß eine unserer Aufgaben sein. Alle diese Bestrebungen sollen im kommenden Frühjahr, wo unser Verband auf ein 40jähriges Bestehen zurückblicken kann, durch eine großzügige Agitation wirkungsvoll unterstützt werden.

Einem Ueberblick über die Finanzgebarung des Verbandes gab der Hauptkassierer, Kollege Petrich. Die Stabilisierung der Währung hat uns, wenn auch unter erhöhten Schwierigkeiten, die Schaffung eines neuen Kampffonds möglich gemacht, der nach dem Stande unserer Organisation als normal bezeichnet werden darf. Wenn auch vereinzelte Filialen in der Beitragsleistung zu langsam folgen, so gestattet uns die regelmäßige Beitragsleistung doch wieder, an die Ausgestaltung unseres Unterstützungswezens heranzutreten und dadurch vielen Wünschen aus Mitgliederkreisen nachzukommen. Dazu sei es allerdings wünschenswert, daß auch die Filialen mehr als bisher auf eine Stärkung ihrer Kassenverhältnisse bedacht sind und durch weiteren Ausbau der Hausfassung und die Heranziehung geeigneter Kollegen die Grundlagen schaffen, auf denen eine zeitgemäße Rückversicherung aufgebaut werden kann. Ein Hemmnis bilden vielleicht die vielen Beitragsklassen, doch lassen sich diese ohne einschneidende Veränderungen der wirtschaftlichen und beruflichen Lage vorerst nicht beseitigen. Immerhin sollten aber aus einleuchtenden Gründen neben der Vorklasse höchstens zwei weitere Beitragsklassen an einem Orte geführt werden, die angesichts der Leistungen des Verbandes genügend Spielraum für die unterschiedliche Entlohnung im Maler und Lackiererberufe oder im Handwerk und Industrie gewähren, aber eine Vereinfachung der Verwaltungsgeschäfte mit sich bringen und so weitere Kräfte für andere ebenso dringende Aufgaben freimachen.

In der Aussprache über den Vorstandsbericht kam allgemein das Einverständnis mit den Maßnahmen des Vorstandes zum Ausdruck. Entgegen den neuesten Bestrebungen und den kommunistischen Parteibefehlen auf eine Rückkehr ihrer politischen Anhänger in die Gewerkschaften, zeigt es sich mehr und mehr, daß die sich widersprechenden Parolen der „unentwegt gewerkschaftlichen Opposition“ wohl die Zersplitterung und Spaltung der gewerkschaftlichen Kräfte begünstigen und fördern konnten, daß sie damit aber auch ihre eigenen Reihen auf das empfindlichste gelichtet hat und ihre zerstörenden Kräfte in Wirklichkeit in ungeheurem Verhältnis zu der Kaufkraft ihrer Organe steht. Der Rückgang der Mitgliederzahl sei bedauerlich, und es wurde von allen Seiten hervorgehoben, daß der teilweise Abbau von guten agitatorischen Kräften und die Umstellung der Hausfassung auf rein ehrenamtliche Basis erst allmählich und mühsam wieder ausgeglichen werden konnte. Viele Kollegen hätten mit der zeitweiligen Außerkräftigung der Unterstützungen jede Fühlung mit der Organisation verloren, und es zeige sich jetzt, daß selbst die schärfsten Verfechter der reinen Kampforganisation befehrt worden sind. Wo die Regelung der Beitragsfrage auf Widerstand gestoßen sei, war das vorwiegend auf das Fehlen der sozialen Unterstützungen zurückzuführen. Das hat sogar dazu geführt, daß in einzelnen Orten und selbst in Betrieben besondere Unterstützungsvereinigungen ins Leben gerufen wurden. Wenn heute von einem neu beginnenden Aufschwung der Organisation berichtet werden könne, so sei das letzten Endes nur eine Auswirkung der vorbereitenden Maßnahmen, die seit Wochen in allen Kollegienkreisen ausgiebig in zustimmendem Sinne diskutiert und freudig begrüßt werden. Erfreulich sei es, wenn die berufliche Weiterbildung gepflegt werde; auch im Lackiererberufe treten in neuerer Zeit eine recht große Anzahl technischer Neuerungen in Erscheinung, die einen weiteren Ausbau des periodisch erscheinenden „Lackierer“ erheischen. Das Pfuschertum entsteht aus der materiellen Notlage. Es darf nicht übersehen werden, daß die Unternehmer vielfach selbst die Veranlassung dazu geben, indem sie Kollegen, die anderswo in Arbeit stehen, zu Spezialarbeiten heranziehen und selbst an ihre eigenen Arbeiter Aufträge vergeben, die nach Ablauf der achtstündigen Arbeitszeit in Akkord ausgeführt werden. Eine noch größere Gefahr liege darin, daß außerdem ein Kleinmeisterum herangezogen wird, das der Organisation und dem Gesamtberufe großen Schaden zufügt. Wenn auch ein Teil dieser unliebsamen Erscheinungen bei anhaltender Konjunktur wieder zurückgehen werde, so sei ihnen doch schärfste Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Für die Wiedereinführung der sozialen Unterstützungen lagen verschiedene Anträge des Verbandsvorstandes vor, die vom Kollegen Mehrens erläutert wurden. Die Anträge gehen bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit der Organisation, und es sei zu entscheiden, ob die Unterstützung bei Krankheit oder bei Arbeitslosigkeit zu gewähren sei. Wohl sei man sich der Unzulänglichkeit bewußt, aber die Verhältnisse zwingen zu einer Beschränkung und zu allmählichem, stufenweisem Wiederaufbau. Man konnte sich der Ansicht nicht verschließen, daß eine Ausdehnung auf beide Unterstützungsweize zurzeit über unsere Kräfte gehe und einigte sich nach gründlicher Aussprache über alle versicherungstechnischen Maßnahmen einstimmig für die Einführung der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, unter Zugrundelegung der vorliegenden Anträge, die nur einer geringen Veränderung in bezug auf die Stufeneinteilung unterworfen wurde. Die Sätze stehen mit den Leistungen anderer Gewerkschaften im wesentlichen gleich. Einen weiteren Ausbau erfahren zugleich die Streikunterstützung und die Unterstützungsfälle in Sterbefällen. Wir werden die

Beschlüsse mit den einschlägigen statutarischen Bestimmungen in der nächsten Nummer des „Maler“ bekanntgeben. Als Termin für die Intraftsetzung wurde nach reiflicher Prüfung der 1. Dezember festgesetzt.

Durch die langen und eingehenden Verhandlungen ging das ernste Bestreben, die Organisation so auszubauen, daß sie den Mitgliedern einen festen Halt in allen Lebenslagen zu gewähren imstande sei, und es ist ein Zeichen wachsenden Vertrauens zur Organisation, daß trotz mancher gegensätzlicher Anschauungen eine ersteinmütige Einmütigkeit in allen grundsätzlichen Fragen erzielt ist. Immer mehr bricht sich auch in unsern weitesten Mitgliederkreisen die Erkenntnis Bahn, daß die Organisation nur auf der Basis gegenseitiger Zusammenarbeit und vollen Vertrauens blühen und gedeihen kann.

Das kam besonders auch am zweiten Verhandlstage zum Ausdruck, wo die Frage der Verschmelzung mit dem Baugewerksbund beraten wurde. Kollege Streine berichtete über den Stand der Verhandlungen mit dem Vorstand des Bundes, der im großen und ganzen die vorgetragenen Wünsche gewillig hat. Doch ist die Bildung von Fachgruppen nicht unbedingt gesichert und eine Vertretung im örtlichen Vorstand nur zugesagt, wenn ein Zwanzigstel der Gesamtmitgliedschaft einer Fachgruppe angehört. Auch die besonderen Wünsche zu der Zusammensetzung der Bezirksleitungen sind nicht weiter verfolgt worden. Der kürzlich in Hamburg abgehaltene Bundesstag hat den Ansagen des Bundesvorstandes zugestimmt.

Vom Vorstand des ADGB ist auf Grund der Beschlüsse des letzten Gewerkschaftstages mehrfach Stellung genommen, ohne daß man über Anfänge in der Regelung dieser schwerwiegenden Fragen hinausgekommen ist. Wenigstens kann die von der eingesezten Kommission vorbereitete Einteilung in Industriegruppen keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen. So hat man die Lackierer zunächst übersehen, wie auch sonst die Einteilung mehr in der Richtung von Betriebs- denn von Industrieorganisationen zu liegen scheint. Wir können uns dem Zuge der Entwicklung nicht entziehen, sind aber fest überzeugt, daß gewalttame Eingriffe in den natürlichen Entwicklungsgang uns nicht vorwärtsbringen. Es kann nur bei den zuständigen Berufsorganisationen liegen, nach den Bedürfnissen, die das Wohl der gesamten Arbeiterbewegung erfordert, völlig selbständig zu entscheiden.

Von der Voraussetzung ausgehend, daß die Gewerkschaften zurzeit intensiv mit dem Wiederaufbau beschäftigt sind, darf nicht verkannt werden, daß eine so vollständige Umstellung, wie es das Aufgeben der gewerkschaftlichen Selbständigkeit ist, unzweifelhaft eine Gefahr für die Existenz der in Frage kommenden Berufsgruppen darstellt. Ein gefaster Beschluß läßt sich in diesem Falle nicht mehr umstoßen. Es ist deshalb ohne jede Voreingenommenheit eine Entscheidung zu treffen, die dem Auftrag der letzten Generalversammlung in Jena entspricht.

Die ausgedehnte Diskussion läßt sich kurz dahin zusammenfassen: Die Zusicherungen des Baugewerksbundes könnten nur problematischer Natur sein, da die tatsächlichen Verhältnisse auch die besten Vorläufe sehr leicht zum Scheitern bringen. Schon in den ersten Jahren der gewerkschaftlichen Organisationen spielte die Frage der Berufs- oder Industrieverbände eine Rolle, die nach reiflicher Ueberlegung und durch die Entwicklung gerechtfertigt, zugunsten der Berufsorganisationen entschieden sei. Unser Beruf sei so vielseitig und der Aufgabenzirkel unseres Verbandes so groß, daß ein Aufgehen in einer Reihe anderer Organisationen eine Zersplitterung unserer Kollegenschaft nach sich ziehen würde. Diese Warnung wurde besonders von einigen Kollegen betont, die nach eigener Aussage Anhänger der Verschmelzung waren und durch Erfahrungen und ständige Beobachtung der Stimmung unserer Kollegen sich zum entgegengelegten Standpunkt bekehren mußten. Die Frage sei alles weniger denn brennend und wenn die Generalversammlung eine definitive Entscheidung von uns verlange, dann dürfe man einer solchen nicht ausweichen und klipp und klar beschließen, daß die Verschmelzung gegenwärtig abzulehnen sei. Unter anderm zeige der immer noch nicht erledigte Fall Greiz, daß man auf unser Recht nicht die geringste Rücksicht nehme und unsere Loyalität zum eigenen Vorteil ausnütze.

Die Wahrung der wohlverworbenen Rechte unserer Mitglieder und besonders auch unserer Lackiererkollegen, die bei einer Verschmelzung aus ihrem Berufsverbande und damit aus der Berufsgruppe herausgerissen und in mehreren Gewerkschaften zerplittert, jeden Einfluß auf ihre eigenen Berufsfragen verlieren würden, hat den Ausschlag gegeben, daß der Beirat sich einstimmig für die Erhaltung unseres Verbandes aussprach. Die letzte Entscheidung bleibt der nun noch vorzunehmenden Urabstimmung vorbehalten.

Wir werden demnächst Gelegenheit nehmen, in eine Würdigung der weittragenden Beschlüsse dieser Beiratstagung einzutreten.

Neue Lohnverhandlungen im Maler- gewerbe.

Die anhaltende Preissteigerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel machte es notwendig, daß beim Haupttarifamt durch unsere Verhandlungsleiter neue Lohnvereinbarungen beantragt wurden. Danach trat am 23. Oktober das Haupttarifamt in Berlin zusammen. Die zwar sachlichen, jedoch scharfen Auseinandersetzungen sind kennzeichnend für die soziale und wirtschaftliche Auffassung der Arbeitgeber über die allgemeine Wirtschaftslage und den Stand unseres Gewerbes.

In diesem Sommer machte sich im Malergewerbe eine Geschäftskonjunktur bemerkbar, wie wir sie seit Jahren nicht mehr kannten. Überall fehlte es an Arbeitskräften, viele Ungerlernte wurden eingestellt, und auch heute noch zeigt der Arbeitsmarkt ein erfreuliches Bild; ja, es ist zu hoffen, daß auch in den Wintermonaten für mehr Kollegen als sonst Arbeitsgelegenheit vorhanden sein wird. Trotz dieser günstigen Geschäftslage sind seit August keine generellen Lohn-erhöhungen mehr erfolgt, obwohl feststeht, daß seitdem die Preissteigerung nicht nachgelassen hat. Sah sich doch auch die Regierung veranlaßt, Maßnahmen gegen die Preistreiber vorzuschlagen, die jedoch ohne Wirkung blieben. Daß eigenartigerweise die amtliche Indexzahl eine so niedrige ist, ändert nichts an der Tatsache, wie sich die steigenden Preise auf die Lage der Arbeiterschaft auswirken; die Lebenshaltungskosten betragen heute sicher 60 Prozent (nach den amtlichen Ziffern 23 Prozent) mehr als vor dem Kriege, während die Löhne demgegenüber zurückgeblieben. Aus diesen Gründen erscheint es nur recht und billig, durch entsprechende Lohn-erhöhungen den notwendigen Ausgleich zu schaffen.

Auf diesen Bedenkengängen war die Begründung unserer Forderung aufgebaut, die Kollege Streine im Plenum des Haupttarifamtes vortrug. Und wie lautete die Antwort der Arbeitgeber hierauf? Die jetzigen Löhne im Malergewerbe entsprechen der Indexziffer. Ueberhaupt sei es nicht angängig, wo der Winter vor der Tür steht, Lohn erhöhungen einzutreten zu lassen, um so mehr, da von der Industrie auf Abbau gedrängt wird. Auch die altbekannten Argumente wurden wieder hervorgeholt: Wenn die Löhne weiter steigen, werde die Kundschaft die Arbeiten einstellen lassen; je höher die Löhne steigen, desto weniger Arbeitsgelegenheit; jegliche Lohn-erhöhung treibe zu neuen Preissteigerungen, es sei eine Schraube ohne Ende. Das Baugewerbe stehe mit seinen Löhnen weit über den Friedenslöhnen. Dazu käme, daß die Zahl der „Selbständigen“ immer mehr steige, das Pflichten habe ungeheuer allerorts zugenommen und schädliche das gesamte Gewerbe. Gewiß könne von einer guten Geschäftslage im Sommer gesprochen werden, aber durch den Arbeitermangel wäre es nicht möglich gewesen, die Konjunktur voll auszunützen. In dieser Weise äußerte sich der Vorsitzende des Reichsbundes, und sämtliche Bauvertreter sprachen sich dahin aus, daß kein Pfennig Lohn-erhöhung zugestanden werden könne.

In der weiteren Aussprache konnten unsere Kollegen, geführt auf reichliches, amtliches, statistisches Material, den unhaltbaren Ansichten der Arbeitgebervertreter entgegentreten. Eingehend schilderten sie die Verhältnisse in der Industrie im Vergleich zu der Lage in unserm Gewerbe, das infolge seines Saisoncharakters und der unzureichenden Löhne die besten Kräfte abspüle. Auch wir verurteilten die Zunahme des Pfuschens; das beste Gegenmittel, das lehre die Erfahrung, seien günstige Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Genau so stehe es mit der Zunahme des Kleinmeisterturns. Die monatelange Arbeitslosigkeit im verfloffenen Winter, die so viele Gehilfen dieser Krebsschäden. Einfach zu sagen: Wir glauben nicht dem gehilfenfeindlichen Zahlenmaterial, geht nicht an, dann muß man den Gegenbeweis antreten, und den können die Herren nicht führen. Weil feststeht, daß die Wirtschaftslage in unserm Gewerbe eine gute ist, die Steuerung nicht

abgestritten werden kann, muß eine Berücksichtigung unserer Forderung anerkannt werden, die sich durchaus im Rahmen des Möglichen und Notwendigen bewegt.

Nach dieser allgemeinen Aussprache trat das Haupttarifamt zu weiterer Beratung zusammen, das spät abends folgenden Schiedsspruch fällte:

Vom 1. November 1924 an werden die Malerlöhne um durchschnittlich 6% erhöht. Die hiernach festgesetzten Stundenlöhne ergeben sich aus der beiliegenden Aufstellung.

Diese Löhne gelten bis zum 28. Februar 1925. Sollte in der Zwischenzeit der Reichsindex für die Lebenshaltungskosten auf das 1,30-fache der Vorkriegszeit steigen, so haben die Arbeitnehmer das Recht, neue Lohnverhandlungen zu fordern.

Am folgenden Tage fand die Festsetzung der Löhne für die einzelnen Orte und Lohngebiete statt. Hierbei wurden unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der einzelnen Lohngebiete vielfach gewisse Ausgleiche vorgenommen. Ueber die danach nunmehr vom 1. November an geltenden Löhne sind unsere Filialverwaltungen umgehend durch die Bezirksleiter unterrichtet worden.

Der Internationale Gewerkschaftsbund zur Aus- und Einwanderung.

Am 29. und 30. September 1924 tagte in Prag eine Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die sich mit der Frage der Aus- und Einwanderung beschäftigte. Sie stellte fest, daß die jetzigen wirtschaftlichen Wirren eine Folge des Krieges sind und nur eine internationale Lösung der Frage die Schwierigkeiten überwinden und die aus der auf dem internationalen Arbeitsmarkt herrschenden Unordnung hervorgehenden Gegensätze überbrücken kann.

Indem die Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes die früher von internationalen Gewerkschaftskonferenzen gefaßten Entschlüsse überprüft, namentlich die in Christiania und Zürich, erkennt sie, daß die Entschlüsse nicht mehr den gegebenen Umständen entsprechen und einer Revision unterzogen werden müssen. Aus diesen Gründen beauftragt die Konferenz das Bureau des IGB, in der Untersuchung dieser Frage fortzuführen, um in einer kurzen Frist diese Frage einer endgültigen Lösung zuführen zu können.

Die Konferenz hält nachfolgende Maßnahmen für geboten: 1. den internationalen Arbeitsmarkt durch die Kontrolle der Aus- und Einwanderung zu organisieren; 2. zwischen den einzelnen gewerkschaftlichen Landeszentralen, die an der Frage interessiert sind, unter der Aufsicht des IGB. Vereinbarungen zu treffen; 3. weiterhin international die Gleichheit der Behandlung aller Arbeiter ohne Unterschied ihres Ursprungs zu erwirken; 4. Vereinbarungen über die Gegenseitigkeit der Rechte und der Pflichten der Ein- und Auswanderungsländer zu treffen; 5. die einwandernden Arbeiter zu verpflichten, den Organisationen der Emigrationsländer beizutreten; 6. das Material über diese Frage und seine Bedeutung vom IGB. zusammenfassen zu lassen (er soll sie durch geeignete Veröffentlichungen den angeschlossenen Landesorganisationen zur Kenntnis bringen); 7. in jedem Lande paritätische Körperschaften für das ganze Staatsgebiet und für einzelne Gebiete zu bilden, die sich mit der Kontrolle der Einwanderung und der Auswanderung der Arbeiter beschäftigen sollen und in denen gewählte Arbeitervertreter vertreten sein müssen; 8. eine internationale Stelle für die Ein- und Auswanderung zu schaffen, die befähigt und berechtigt wäre, das Material zu sammeln und sich über alle die Kontrolle der Auswanderung betreffenden Vorschläge auszusprechen. Diese internationale Stelle soll dem Internationalen Arbeitsamt angegliedert werden.

In Anbetracht der Dringlichkeit dieser Frage fordert die Konferenz vom Bureau des IGB. die Beschleunigung der

Erledigung, um den Landeszentralen die Möglichkeit zu bieten, sich noch über diese Frage auszusprechen, damit eine künftige Konferenz oder ein künftiger Kongress endgültig 1. die Grundzüge der Ein- und Auswanderung, 2. die verschiedenen Einrichtungen, die mit der Ausführung der Bestimmungen beauftragt werden sollen, festlegt.

Wegbereiter für den Sozialismus.

II. Die wirtschaftliche Entwicklung nach dem Kriege hat erkennen lassen, daß die Sozialisierung des Wirtschaftslebens durch einfache Akte der Gesetzgebung sich nicht durchführen läßt. Selbst da, wo die ganze Staatsgewalt sich diktorisch auf die Einführung des Sozialismus eingestellt, die Kapitalisten der Produktionsmittel enteignet, den Handel vernichtet und die Genossenschaften verstaatlicht hat, ist es nicht gelungen, ein Stück wirklichen Sozialismus zu schaffen. Unter dem nicht nur eine wirtschaftlich höhere Leistung als durch das kapitalistische System, sondern gleichzeitig eine größere politische Freiheit der Staatsbürger und ein höheres kulturelles Menschheitsdasein verstanden wird. Also alles Dinge, von denen noch nicht einmal die Ansätze in — Rußland zu sehen sind, obwohl die gesamte politische, militärische und wirtschaftliche Befehlsgewalt dem Kommunismus zur Verfügung steht und von ihm auch so lange angewandt wurde, bis es nicht mehr ging. Woran sich zeigt, daß man zwar politische Formen zertrümmern und durch neue ersetzen, Menschen kommandieren, bestrafen, verbannen und töten, aber kein anderes wirtschaftliches Leben diktieren kann. Denn die Dinge sind viel hartnäckiger als die Menschen, und unter diesen „Dingen“ ist die Wirtschaft eines Volkes das Hartnäckigste.

Dies hat man in Rußland im Laufe der letzten 6 Jahre so gut begriffen gelernt, daß nicht nur der Privathandel wieder sehr ausgedehnt aufzuleben beginnt und die Genossenschaften wieder eine verhältnismäßige Bewegungsfreiheit und Förderung unter väterlicher Staatsaufsicht genießen, sondern die unumschränkten Inhaber einer unumschränkten Staatsgewalt geben sich die größte Mühe, Anleihen mit den Kapitalisten anderer Länder abzuschließen und kapitalistische Industrien zuzulassen, nur um das Wirtschaftsleben wieder so in Gang setzen zu können, daß es die Linie überhaupt erreichen kann, auf der — zurzeit in Deutschland nieder genug! — das Wirtschaftsleben der westeuropäischen Völker steht.

Es ist ein Anschauungsunterricht von ungeheurer Größe und Tragweite darüber, daß die Wirtschaft ein Organismus ist, der sich durch die Jahrhunderte entwickelt hat und den man nur nach den Entwicklungsbedingungen der Völker selbst wieder weiter entwickeln kann.

Lenin hat dies zweifellos sehr bald eingesehen; denn ihm ist die genossenschaftliche Bewegung als das wichtigste wirtschaftliche Fundament für den Aufbau der kommunistischen Staatswirtschaft erschienen, was er durch eine Reihe von schriftlichen Darlegungen seine Anhänger hat wissen lassen. Und es ist deshalb nicht „von ungefähr“, daß die deutschen Kommunisten mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung sich parteipolitisch dienlich zu machen suchen. Was gewiß nach den in Rußland selbst gemachten Erfahrungen und dem Zustand der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Dinge in Deutschland das verkehrteste Mittel sein dürfte, um die deutschen Konsumgenossenschaften als Wegbereiter für den Sozialismus immer stärker zu entwickeln. Mit dem altbekannten Volksspruch: „Es hieße den Gaul beim Schwanz aufsäumen!“ kann dies Verfahren am besten gekennzeichnet werden.

Das Jahrbuch des ADGB.

Das jedes Jahr erscheinende Jahrbuch des ADGB. über das Geschäftsjahr 1923 enthält nicht nur den Bericht über die Geschäftstätigkeit des Vorstandes, sondern es gibt, wie im Vorjahre, ein zusammenhängendes Bild der deutschen Wirtschaft, der Haltung der Gewerkschaften und ihrer Bemühungen, die schlimmsten Folgen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs vom ganzen Volke abzuwenden.

Als Kriegsjahr wird das abgelaufene Jahr bezeichnet. Mit Schrecken erinnern wir uns der 4 1/2 Jahre des blutigsten, mit allen technischen Hilfsmitteln geführten Krieges, und doch läßt der Inhalt des Buches die Frage entstehen, ob nicht die Wirkung des Wirtschaftskrieges des letzten Jahres noch viel verheerender gewesen ist. Diese Wirkung kommt nicht nur auf das Konto der Erdbeben durch die ehemaligen Feindbündnisse, sondern im gleichen Maße auch auf die Ziellosigkeit der deutschen Regierung, die ohne Plan, ohne nähere Finanzierung den Kampf um das Ruhrgebiet durchzuführen zu können glaubte. Der Nachweis dieses Sachverhalts bringen die lebendigen Schilderungen der Kapitel: „Die Preisung des Ruhrgebietes“, „Die wirtschaftliche Wirkung des Ruhrkampfes“, „Gewerkschaftliche Forderungen zur Steuer-gesetzgebung“ und „Der Todeskampf der Kart und die Preissteigerungen“. In diesen Kapiteln wird aufgezeigt, wie besonders die Arbeiterschaft im Ruhrgebiet spontan in den Abwehrkampf gegen die Besetzung eingetreten ist, wie der Bundesvorstand vom Anfang des passiven Widerstandes versucht hat, Vorkorge zur Unterwerfung der kämpfenden Arbeitsgenossen zu treffen, wie er zuletzt mit Entschiedenheit sich der Regierung gegenüber eingestellt hat, diesen ungleichen Kampf nicht bis zum Durchbruch auf die Spitze zu treiben. Tragisch ist das anschauliche Bild über die Folgen der Kart-entwertung bis zur Billionenrechnung für eine Gold-mark; doppelt tragisch in der Gegenüberstellung der Haltung unserer Wirtschaftsführer gegenüber den praktischen Vorschlägen der Gewerkschaften, dieses Vermissen der Papier-macht anzuführen. Der Versuch der Stresemann-Regierung, im letzten Stände durch drakonische Steuern den völligen Zusammenbruch zu verhindern, sowie die im Oktober in Angriff genommene Stabilisierung der Währung durch Einführung der Rentenmark sind eine Nachbetrachtung der so ungelöst gebliebenen Gewerkschaftsforderungen.

Lebendig wird auch die Erinnerung an die furchtbaren Sommermonate des Vorjahres bei dem Rückblick auf die Angriffe gegen die Republik durch Nationalisten, Faschisten und Separatisten, denen die Kommunisten mit ihren fortwährenden Generalstreikparolen wirksam in die Hände arbeiteten. Verdienst der Gewerkschaften ist es, daß die Republik diesen Anstürmen nicht zum Opfer fiel.

Eine andere Seite der deutschen Wirtschaft zeigen die Zahlen über den Umfang der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit. Denen, die oftmals kritisch in aufgeregten Versammlungen den Vorwürfen beistimmen, daß die Gewerkschaften sich um das Schicksal der Arbeitslosen nicht genügend kümmern, wird die Lektüre dieses Kapitels eine andere Auffassung einhämmern. Auf Betreiben der Bundesleitung wurden 27mal die Unterstützungsfälle gedankt, nur um gegenüber der Inflationswirkung die Kaufkraft des Unterstützungsbetrages einigermaßen zu erhalten. Ergänzt wird diese Tätigkeit durch die Bemühungen zur Vereinfachung von Notstandsarbeiten und zur Eindämmung der rigorosen Bestimmungen bei Anwendung der Grundzüge über die Pflichtarbeit. Daß eine solche Tätigkeit den Interessen der Arbeitslosen besser dient, auch mehr Wissen und Können voraussetzt, als die Ver-anstaltung zweckloser, oft mit schweren Folgen für die Beteiligten verbundener Arbeitslosendemonstrationen, wird auch das letzte Gewerkschaftsmittglied anerkennen müssen.

Ganz unentbehrlich für alle in der praktischen Agitation stehenden Gewerkschafter ist die Kenntnis der Darlegungen über den Kampf um den Achtstundentag. Auch in dieser Frage konnte sich ja die sogenannte Gewerkschaftsopposition nicht genug tun in Vorwürfen, daß die Arbeiterschaft durch die Gewerkschaften verraten worden sei. Die Unhaltbarkeit dieser Vorwürfe ergibt sich aus der chronologischen Darstellung des Werdens der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923, angefangen von den Beratungen der Arbeitszeitgesetzgebung durch den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat bis zu den Bemühungen in der endgültigen Verordnung, wenigstens die berechtigten Ansprüche der Arbeiterschaft zu Anerkennung zu bringen. Mitbehandelt ist bei dieser Gelegenheit die Einstellung der Schlichtungsbehörden und die Stellungnahme des Bundes-ausschusses zur Frage der zwangsartigen Regelung der Arbeitsbedingungen.

Der folgende Abschnitt beleuchtet die zwangs-läufige Lohnpolitik der Gewerkschaften während

der Inflationszeit. Es schließt sich daran die Statistik über die Lohnbewegungen im Jahre 1923, die Statistik über die Entwicklung der Verbände während des gleichen Jahres.

Die Funktionäre haben dieses Material im letzten Jahre schmerzlich vermisst, weil die Rückwirkung der Inflation den Bundesvorstand zwang, die statistischen Beilagen des „Korrespondenzblattes“ wegzulassen. Durch Aufnahme des Ergebnisses der trotzdem durchgeführten regelmäßigen Erhebungen im Jahrbuch wird nicht nur die Lücke gefüllt, sondern auch Gelegenheit zur Information über die Wirksamkeit und Entwicklung der einzelnen Verbände geben. Das Jahrbuch wird dadurch zugleich zum unentbehrlichen Nachschlagewerk für den täglichen Gebrauch.

Neben den bisher angeführten Abschnitten wird im Jahrbuch zu der kommunistischen Perestrojkarbeit Stellung genommen, das Wirken der gewerkschaftlichen Betriebs-rätezentrale behandelt und in besonderen Abschnitten auf die Fragen der Ein- und Auswanderung und der Fürsorge für die Gewerkschaftsgenossen in den abgetretenen Gebieten Bezug genommen. Daran schließen sich besonders Kapitel über das Heimstätten- und Siedlungswesen, der Wohnungsfürsorge, den Stand der Bauarbeiter-schutzgesetzgebung, der Ausbildungsbestrebungen und ein Ueberblick über die Wirksamkeit des Jugendsekretariats für die Aus-gestaltung der Jugendorganisation und des Beihilfens-wesens. Alle diese Kapitel können nur angedeutet werden, weil jedes nähere Eingehen auf den Inhalt viel zu weit führen muß. Dasselbe gilt für die folgenden Abschnitte über die Auflösung der Zentralarbeitsgemeinschaft, den Stand der Umwandlung der Verbände zu Industri-organisationen, der Rechnungslegung der Bundesklasse und der inneren Verwaltungsgeschäfte.

Die Fülle des hier aufgezeigten Inhalts gibt allen Lesern des Jahrbuches einen Ueberblick über das riesige Aufgabengebiet der Gewerkschaften. Dieses Gebiet ist nicht zu meistern mit der nur gefühlsmäßigen Erkenntnis von der Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung. Wir müssen dazu kommen, daß mindestens die Funktionäre mit allen Problemen der Bewegung so vertraut sind, daß sie böswilligen Kritikern zu jeder Zeit begegnen können. Material dazu bietet das Jahrbuch in ausreichendem Maße. Wer über die Wirksamkeit der Bewegung urteilen will, muß seinen Inhalt kennen. Das wertvolle Buch (gebunden 3 M., kartoniert 2 M.) gehört deshalb in die Hände der Gewerkschaftsfunktionäre.

Man wird sich heute bereits klar darüber sein, daß die Gemeinwirtschaft, als welche der Sozialismus auf wirtschaftlichem Gebiete erscheint — er kann auch politische und kulturelle Zustände bezeichnen — nicht eine einzige Form der Volkswirtschaft der Zukunft ist, sondern daß eine Reihe von Formen das künftige Wirtschaftsleben entwickeln und in ihm enthalten sein werden. Die Geschäfts- und Wirtschaftsbetriebe des Reiches, der Länder und der Gemeinden beruhen sämtlich auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage, insofern die Produktionsmittel nicht dem Privatkapital, sondern den großen Körperschaften gehören, die das Volk bilden.

Aber die Grundzüge der Verwaltung und Betriebs-tätigkeit und der Vermehrung der wirtschaftlichen Erträge, die Zusammensetzung der Hauptverwaltung selbst, das heißt der Regierungen in Reich, Land und Gemeinde, so ist nach parteipolitischen und fiskalischen Machtverhältnissen und Bedürfnissen eingestellt, daß diese Formen der Gemeinwirtschaft allein keine Verwirklichung des Sozialismus bedeuten können. Es sind eben Wegbereiter in den Grenzen, die der Staats- und Gemeinwirtschaft gezogen sind. Aber außerhalb dieser Grenzen ist noch ein riesiges Wirtschaftsfeld vorhanden, auf dem die Gemeinwirtschaft der Genossenschaften sich frei betätigen kann und muß, weil Wirtschaftsleben Entwicklung heißt.

Welche starke Bedeutung in diesem Entwicklungsprozesse zum Beispiel den landwirtschaftlichen Genossenschaften zukommt, ist erst einmal richtig abzuschätzen, wenn deren politische Gesichtspunkte der Gemeinwirtschaft zugewendet ist, die den Kleinbauern als Eigenbesitzer nicht bedroht, ihn aber als Erzeuger nur im direkten Geschäftsverkehr mit großen und kleinen Konsumgenossenschaften sieht. Denn die Gliederung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens ist nach Zentralen, Bezirken und Gemeinden, in Erzeuger-Abteilungen und nach Absatz- und Einkaufsgenossenschaften, sowie in Geld-(Kredit-)Genossenschaften so vollkommen gestaltet, daß sie mit einem Schlage zum reinen genossenschaftlichen Güteraustausch führen könnte, wenn die Ausdehnung der Konsumgenossenschaften über das Land und ihre Geschäftsbereitungen bereits so weit vorgeschritten wären, um eine solche Aufgabe bewältigen zu können.

Ein anderes großes Gebiet der Genossenschaftsbewegung wird durch die Bau- und Siedlungsgenossenschaften bedeckt; ein Gebiet, das von außerordentlicher wirtschaftlicher und sozialer Bedeutung ist. Sie sind aber, bei allen anerkanntesten Leistungen im einzelnen, doch noch in der ersten Entwicklungszeit begriffen. Immerhin gehören sie zum wichtigsten, was auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens als Wegbereiter für die Gemeinwirtschaft in die Erscheinung getreten ist.

Mit den landwirtschaftlichen, Bau- und Siedlungsgenossenschaften vereinigen sich die Konsumgenossenschaften zu einem Weite genossenschaftlicher Tätigkeiten, Fähigkeiten und Möglichkeiten, das sie in die erste Reihe der Wegbereiter für die Gemeinwirtschaft des Volkes weist. Bedingt durch die wirtschaftlichen Not und wirtschaftlichen und geschäftlichen Zweckmäßigkeit folgend, haben die Konsumgenossenschaften das Wesen von der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln praktisch veranschaulicht und können es in weitem Umfang tun, da die Grenzen ihrer Betätigung nur von der Anteilnahme der Bevölkerung selbst abhängig sind.

Und was ihre Stärke und großen Vorzüge gegen die Staats- und Gemeinwirtschaft ausmacht, das ist die Eigenart der rein demokratischen Verfassung und Verwaltung aller Genossenschaftsarten: Generalversammlung, Vorstand und Aufsichtsrat — keine andern „Götter“ neben oder über der Genossenschaft; gleiches Recht an der Verwaltung jedem Mitglied ohne Rücksicht auf Kapitaleinsätze; gleiches Recht am Wirtschaftsertrag bei gleicher Betätigung als Genossenschaftler. Und dadurch Erziehung des Volkes zur Selbstverwaltung und Selbstverantwortung — sittlichen Faktoren, die mit dem Wirtschaftlichen zum Eins verschmolzen den Sinn der Gemeinwirtschaft ergeben, die sozialistisches Wirtschaftsleben bedeutet.

Gegen die kurzen Arbeitspausen.

In den letzten Jahren ist von der Arbeiterschaft recht häufig als ein Mittel zur Verkürzung des Arbeitstages die Verkürzung der Pausen betrachtet worden und zur Anwendung gekommen. Während in der Vorkriegszeit in kleineren Städten und in ländlichen Gegenden eine zweistündige oder anderthalbstündige Mittagspause und in den größeren Städten die einstündige Mittagspause fast allgemein üblich war, ist jetzt eine halbstündige Pause für die Mehrzahl der Betriebe die Regel. Einige Betriebe haben sich sogar schon um behördliche Zulassung einer noch kürzeren Pause bemüht.

Eine mindestens einmalige Unterbrechung der Arbeit am Tage durch eine Pause ist notwendig, allein schon zur Einahme einer Mahlzeit. Nicht jede Arbeit gestattet das Essen so nebenher. Bei einer sehr großen Reihe von Arbeiten ist das Essen während der Arbeit auch mit großen Gesundheitsgefahren verbunden. Vergiftungen und Erkrankungen durch Blei, Bleiweiß, Quecksilber, Terpentin, Oel und zahlreiche andere gesundheitsgefährliche Stoffe, die im Arbeitsprozeß verwendet werden, beim Bearbeiten von Fellen und Häuten usw., die nicht selten zur völligen Erwerbsunfähigkeit und sogar zum Tode geführt haben, sind häufig darauf zurückzuführen, daß Arbeiter und Arbeiterinnen bei der Arbeit gegessen haben.

Diese traurigen Erfahrungen haben erheblich dazu beigetragen, Pausen zur Einahme der Mahlzeit einzuführen und Waschgelegenheiten und auch besondere Schränke zu schaffen, damit die Arbeiter sich säubern können und nicht Gefahr laufen, mit den Händen oder durch den Arbeitstisch schädliche Stoffe den Schwaren und mit diesen dem Körper zu übertragen.

Die Arbeiterschaft hat durch ihre Organisationen Arbeitspausen und Schränke erkämpfen müssen. Sie hat dabei Unterstützung gefunden und ist oftmals dazu erst angeregt worden durch interessierte Gewerbeaufsichtsbeamte und durch Männer und Frauen der Wissenschaft.

Eine Unterbrechung der Arbeit für eine bestimmte Zeit am Tage ist aber nicht nur zur Einahme der Mahl-

zeit notwendig, sondern auch, um den Körper — wenn auch nur für kurze Zeit — ausruhen zu lassen und um, wenn möglich, in dieser Zeit andere Luft zu atmen.

Bei längerer Arbeitszeit reichen die Kräfte für ununterbrochene oder nur durch kurze Pausen unterbrochene Arbeit einfach nicht aus. Das spürt freilich nicht jeder Arbeiter und jede Arbeiterin in gleichem Maße und vor allen Dingen nicht immer in jungen Jahren. Es liegen aber zahlreiche Beweise dafür vor, daß eine bestimmte Ruhezeit am Tage aus Gesundheitsrücksichten notwendig ist. Diese Beweise liefern vor allen Dingen die Unfallziffern. Die Zahl der Unfälle steigt mit der Arbeitsdauer. Sie ist am geringsten bei Beginn der Arbeit am Morgen und nach den Pausen und am häufigsten vor Eintritt des Arbeitschlusses.

Diese Feststellungen in Verbindung mit den Ergebnissen ärztlicher Untersuchungen haben zur gesetzlichen Festlegung der mindestens einstündigen Mittagspause durch die 1891 in Kraft getretenen Bestimmungen des Arbeiterinnen- und Jugendschutzes geführt. Für erwachsene männliche Arbeitskräfte waren in der Vorkriegszeit in der Regel gesetzliche Pausen und eine gesetzliche Begrenzung des Arbeitstages nicht vorgelesen. In der Praxis waren aber für diese fast ausnahmslos die Pausen die gleichen wie für die Frauen, und es bestanden abweichende Pausen nur für jugendliche Arbeitskräfte unter 16 Jahren.

Die Einführung der einstündigen Mittagspause wurde seinerzeit von der Arbeiterschaft nicht selten bekämpft, zum mindesten nicht begrüßt. Nachdem die zwölf- und dreizehnhaltstündige Arbeitszeit durch die Erfolge gewerkschaftlicher Organisation der elf- und zehn- und sogar der neunehnhaltstündigen Arbeitszeit gewichen war, hatte sich vielfach die halbstündige Mittagspause eingeführt, neben der allerdings meist noch eine viertelstündige Frühstückspause und manchmal auch noch eine gleiche Vesperpause bestand. Die Verlängerung der Mittagspause im Jahre 1891 um eine halbe Stunde bedeutete also für zahlreiche Männer und Frauen eine Verlängerung der Zeit, die sie im Betriebe zubringen mußten. Sie war freilich oft genug Anlaß für verkürzte Arbeitszeit einzutreten und zu kämpfen. Mit der fortschreitenden Verkürzung der Arbeitszeit durch die Gewerkschaften fiel aber in der Regel die Vesperpause fort, während die Frühstückspause beibehalten wurde.

Für jugendliche Arbeitskräfte unter 16 Jahren war übrigens in der Vorkriegszeit eine nur halbstündige Pause bei höchstens sechshalbstündiger Arbeitszeit erlaubt.

Während des Krieges konnten die Vorschriften für den Arbeiterinnen- und Jugendschutz bekanntlich auf Antrag für vorübergehende Zeit ausgeschaltet werden. Gegen Ende des Krieges dachte kaum ein Betrieb daran, sie innenzuhalten, und auch die Arbeiter und Arbeiterinnen hatten sie vielfach vergessen.

Nach der Revolution traten mit dem Achtstundentag auch Vorschriften in Kraft, die kürzere Pausen zuließen. Die zulässige halbstündige Mittagspause wurde bald die Regel. Für zahlreiche Berufe und Betriebe mag diese Pause, bei achtstündiger Arbeitszeit, auch ausgereicht haben, abgesehen von Gewerbehygienikern und andern sachkundigen Personen auch damals oft genug auf die Gesundheitschädigungen hingewiesen worden ist, die mit der Zeit daraus erwachsen müssen, daß bei der in Deutschland üblichen Art, morgens nur etwas Kaffee und ein wenig Brot zu genießen, die Arbeitskräfte unter Umständen erst nach vier und mehr Stunden wieder zu einer Mahlzeit kommen, die übrigens für die Mehrzahl auch nur aus Brot besteht. Zahlreiche Männer und Frauen können übrigens gar nicht so lange ohne Nahrung sein, und da bis zur Mittagspause eine andere Speisepause nicht vorhanden ist, essen sie eben während des Arbeitens.

Diese so gefährliche Unsitte bürgert sich immer mehr ein. Sie steigert sich mit der inzwischen eingetretenen Verlängerung des Arbeitstages. Gewerbeaufsichtsbeamte haben sogar schon Fälle festgestellt, wo überhaupt keine Pause am Tage gemacht wurde. In solchen Fällen muß während der Arbeit gegessen werden. Welche großen Gesundheitschädigungen daraus bei längerer Uebung für die Arbeiterschaft erwachsen können und vielleicht schon entstanden sind, ist gar nicht auszubedenken. Deshalb bemühen sich jetzt Gewerbeaufsichtsbeamte und andere sachverständige Persönlichkeiten, mit Hilfe der Gewerkschaften diese Gefahren dadurch zu bekämpfen, daß Pausen, die der Arbeitszeit angemessen sind, eingeführt und innegehalten werden.

Die Durchführung dieser Absicht ist nicht leicht. Die männliche und weibliche Arbeiterschaft setzt diesem Streben starken Widerstand entgegen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen wollen möglichst frühzeitig aus den unfreundlichen Arbeitsräumen heraus. Sie wollen auch frühzeitig heraus aus der Arbeitsfrau; sie wollen die Zeit verlängern, wo sie Mensch sein können. Sie ist ohnehin, selbst im günstigsten Falle, nur kurz.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen sollten sich zur Erreichung dieses Zieles aber eines andern Mittels bedienen als der Verkürzung der Arbeitspausen, die zur längeren Erhaltung ihrer Arbeitsfähigkeit notwendig sind. Schon bei nur achtstündiger Arbeitszeit wird eine einmalige, nur halbstündige Pause von zahlreichen Sachverständigen als nicht ausreichend angesehen. Bei längerer Arbeitszeit, wie sie jetzt vielfach wieder in Uebung gekommen ist, steigern sich natürlich die Gefahren, die aus unzureichenden Pausen entstehen.

Die Arbeiterschaft muß mit ihrer Gesundheit und mit ihrer Arbeitskraft haushalten. Sie hat heute um so mehr Ursache, vorsichtig damit umzugehen, weil die Kriegsjahre und die seit Beendigung des Krieges verfloßene Zeit für die Mehrzahl der unbemittelten Bevölkerung Jahre der Entbehrung und der Unterernährung gewesen sind.

Deshalb darf längere Freizeit nicht auf Kosten der Arbeitspausen erworben werden. Nicht einmal vorübergehend für die Zeit, wo infolge geschwächten gewerkschaftlichen Einflusses der Achtstundentag „abgebaut“ worden ist, sollte dieser Weg gegangen werden.

Soll längere Freizeit die körperliche und geistige Entwicklung ermöglichen, dann geht der Weg zu ihr einzig und allein über die Arbeitszeit, deren Dauer abhängt von

dem Einfluß, den die Arbeiterschaft durch ihre Organisation gegenüber Unternehmern und Regierungen auszuüben in der Lage ist. Gertrud Hanna.

Lohnbewegungen.

Der Kampf der Ladiere in den Opelwerken zu Mainz-Müßelsheim. Am 6. Mai dieses Jahres erreichte unsere Organisation durch Verhandlungen mit der Firma Opel für unsere Ladiere eine Lohnerhöhung über die Lohnsätze der Metallarbeiter hinaus. Das Abkommen war bis 1. August befristet und bis zu diesem Termin eine Umstellung des Gesamtbetriebes zugesagt. Nach Ablauf mußte wegen des außerordentlich ungünstigen Geschäftsganges und der inzwischen eingelegten Feierschichten bei drei- bis vierlätiger Kurzarbeit davon Abstand genommen werden, auf der weiteren Gewährung der Lohnvergünstigung zu bestehen. Nachdem aber im September wieder Hochkonjunktur für unsere Branche eintrat, forderie unser Verband mit Rücksicht auf die eingetretene Preissteigerung für alle Bedarfsartikel die Beibehaltung der früheren Vereinbarungen. Obwohl die Firma eine Einigung mit der Belegschaft zugesagt hatte, lehnte sie eine solche mit der billigen Begründung ab, daß durch die Weitergewährung der Zulage Forderungen der andern Berufsgruppen ausgelöst würden, zu deren Erfüllung sie zurzeit keinesfalls in der Lage wäre. Die Enttäuschung unserer Kollegen war groß, und als die Firma Opel die erneute Forderung mit der Aussperrung von 91 Kollegen beantwortete, trat naturgemäß eine starke Erbitterung ein. Bei den späteren Verhandlungen mit der Organisationsleitung mußte das Vorgehen der Firma von dieser selbst als übereilt bezeichnet werden; sie lehnte es aber nach wie vor ab, den Ladiere besondere Zugeständnisse zu machen.

Da die Ladiere auch in der Abteilung Fahrradbau angepörrt waren und es ablehnten, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen, wurde von der Firma kurzschluß der ganze Fahrradbetrieb mit 400 Beschäftigten stillgelegt und eine Aussperrung des ganzen Wertes mit etwa 8500 Beschäftigten angedroht, wenn die Ladiere noch weiter auf ihren Forderungen bestehen. Unterdessen hatte der Schlichtungsausschuß auf eine allgemeine Erhöhung der bisherigen Löhne in der Metallindustrie (58 %) nebst einer Qualifikationszulage von 6 % in Zeitlohn um 2 % in der Spitze erkannt. Die Industriellen lehnten auch diese geringe Zulage ab; der Schlichter erklärte, von einer Verbindlichkeitsklärung absehen zu müssen, da die Arbeiter noch weitergehende Forderungen gestellt hätten, und verwies die Parteien auf erneute Verhandlungen. Diese fanden am 30. September statt und führten zu dem Ergebnis, daß die Löhne in der gesamten Metallindustrie um 4 % und die Qualifikationszulage um einen weiteren Pfennig erhöht wurden. Auf Grund dieses Schlichterspruches konnten unsere Kollegen auf ihre ehemalige besondere Zulage verzichten, so wurde am 2. Oktober die Arbeit geschlossen wieder aufgenommen. Es muß festgehalten werden, daß dieser Erfolg für die Gesamtarbeiterschaft dieses Gebietes nur durch das geschlossene Vorgehen und das vorbildliche Zusammenhalten unserer Kollegen erzielt werden konnte, die für sich noch die feste Zusage herausholten, daß eine gründliche Nachprüfung und zeitgemäße Erhöhung der Akkordsätze vorgenommen wird. Unsere Kollegen sind in den Opelwerken restlos organisiert und bilden eine zuverlässige Kerntruppe unserer Mainzer Filiale. Deshalb haben wir den so aufgezwungenen Kampf gemeinsam bis zum erfolgreichen Ende durchgeführt und damit erneut den Nachweis erbracht, daß die Arbeiterschaft, wenn auch nicht alles, so doch vieles erreichen kann, wenn sie einig und geschlossen zusammenhält.

Aus unserm Beruf.

Nürnberg. Am 17. Oktober tagte eine gut besuchte Vierteljahrsmitgliederversammlung, die den Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern über die Regelung der Winterarbeitszeit entgegennahm. Der Kollege Müller berichtete, daß die Unternehmer die Einführung der Winterarbeitszeit wie in den Wintermonaten der Vorkriegszeit verlangt hätten, während unsere Vertreter darauf bestanden, die bis zum letzten Frühjahr in Kraft gewesene 44stündige Arbeitszeit mit einhalbstündiger Mittagspause wieder einzuführen. Nach längerer Verhandlung einigte man sich dahin, bis Ende Oktober die jetzige 48-Stunden-Woche mit dreiviertelstündiger Mittagspause beizubehalten und vom 1. November bis 31. Januar wöchentlich 48 Stunden, von 7. bis 12 Uhr und von 12½ bis 4¼ Uhr von Montag bis Freitag und bis 11¼ Uhr am Sonnabend, zu arbeiten. Nach längerer Diskussion fand diese Regelung die Zustimmung der Versammlung. Hierauf erstattete Kollege Döller den Rassenbericht vom dritten Quartal. Einnahme und Ausgabe bilanzieren mit 13 479 M.; an die Hauptkasse sind 8770 M. eingezahlt worden. Der gegenwärtige Mitgliederbestand beträgt 1202. Da Einwendungen nicht erhoben wurden, erfolgte auf Antrag der Revisoren die Entlastung. Vom Kollegen Müller wurde zu dem Bericht herbeigehoben, daß von gewisser Seite als Gerücht verbreitet werde, die Gewerkschaften hätten sieben Zehntel ihrer Mitglieder verloren. Demgegenüber sei festzustellen, daß im Baumalergewerbe unsere Kollegen in den großen Werkstätten bis auf wenige Mann organisiert seien. Einige Unorganisierte kommen nur in kleinen Betrieben und als fluktuierende Elemente in Betracht. Mit vereinten Kräften müsse es gelingen, auch diese Außenreiter noch der Organisation zuzuführen. — Ferner befaßte sich die Versammlung noch mit den in Vorbereitung genommenen Aufbaumassnahmen des Hauptvorstandes. Zu dem vom 1. Oktober an zu leistenden 10.-S-Beitrag bei Erwerbslosigkeit wurde allgemein anerkannt, daß diese Maßnahme dazu beitragen werde, die Verbindung mit den Mitgliedern zu festigen und das Interesse an der Organisation reger zu erhalten. Die Wiedereinführung der Unterstützungseinrichtungen wurde auch von bisher prinzipiellen Gegnern des Unterstützungswesens begrüßt, da sie auf Grund ihrer praktischen Tätigkeit in der Organisation von der Zweckmäßigkeit überzeugt worden sind. Vereinzelt wurde darüber hinaus noch für eine freiwillige, erhöhte Krankenzusammenfassung

pläbiert. — Durch die rege Beteiligung konnte neben dem Kursus für Dekorationsmalerei noch ein Kursus für Holz- und Marmorimitation eingerichtet werden, zu dem sich bereits 33 Kollegen gemeldet haben. Im übrigen legte die Versammlung dafür ein Zeugnis ab, daß die Organisation alle Widerstände zu überwinden in der Lage ist, wenn Einigkeit und Geschlossenheit in unsern Reihen vorherrschen.

Bewerkschaftliches.

Reichstagswahlen am 7. Dezember. Nach wochenlangen Verhandlungen um die Aufnahme der Deutschen in die Regierung, ist der Reichstag am 20. Oktober aufgelöst worden. Es wird kaum jemand zu finden sein, der an diesem, am 4. Mai dieses Jahres gewählten Reichstag eine rechte Freude gehabt hat, standen doch die Verhandlungen vielfach auf einem Niveau, das manchen daran zweifeln ließ, ob so wichtige Fragen, die nicht selten die Existenz des deutschen Volkes betrafen, in einem derartig bunt zusammengesetzten Reichstag mit dem nötigen Ernst beraten wurden. Öffentlich sorgen die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter dafür, daß Abgeordnete in den neuen Reichstag entsandt werden, die unsere Forderungen energig vertreten und zur Durchführung bringen. Das Volk hat die Entscheidung zu fällen!

Die Frauen in den Gewerkschaften. Es wird allgemein viel geklagt darüber, daß Frauen der gewerkschaftlichen Organisation viel weniger leicht zugänglich sind als die Männer. Ihrem mangelnden Interesse und ihrer Überlastung wird dabei meistens die Schuld gegeben. Nicht mit Unrecht. Daß aber trotz dieser Gemisnisse die Frauen nicht allzu sehr hinter den Männern zurückstehen, zeigt die Tatsache, daß in der deutschen Industrie ungefähr 25% der Beschäftigten Frauen sind und daß die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder rund 20% beträgt. Der Abstand zu den durch die Organisation erfahrenen Männern ist also nicht so groß, wie mancher glauben möchte, wenn freilich auch die Zahlen zeigen, daß noch viel Agitationsarbeit für die Gewerkschaften unter den Frauen geleistet werden muß.

Sozialpolitisches.

Die Arbeitsunfälle. Wie ungeheuer die im allgemeinen als selbstverständlich hingegenommene Zahl der Opfer des kapitalistischen Produktionsprozesses ist, eine Zahl, die es als berechtigt erscheinen läßt, von einem dauernden „Arbeitskrieg“ zu sprechen, zeigen die nachstehenden, auf Grund der Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten zusammengestellten Zahlen, die in der „Revue Internationale du Travail“ 1923/24 enthalten sind. Die Berichte behandeln zum Teil auch die Ursachen der Unfälle. So sind die Berichte aus Österreich und Schweden sehr aufschlußreich. In den Berichten wird die Zahl der tödlichen Unfälle in der Regel getrennt bezeichnet, doch werden die auf Grund eines Unfalles erst später eingetretenen Todesfälle oft nicht berücksichtigt. Deshalb sind auch die Statistiken oft, wie zum Beispiel im Falle der Tschechoslowakei, einander widersprechend. Einige Berichte trennen die leichten Unfälle von den schweren (Schweden, Holland), andere (Indien) zählen nur die schweren Unfälle auf. Der Bericht aus England behandelt ausführlich auch die ausgezahlten Entschädigungssummen. Wir möchten hier nur einige Ziffern über die Arbeitsunfälle mitteilen, um ein Bild von ihrem Umfang zu geben. In den Vereinigten Staaten hat der Verein für die Verhütung der Unfälle (National Safety Council) in seinem Kongreß in Boston 1921 einen Beschluß gefaßt, der in seinen einleitenden Worten feststellt, daß die Zahl der tödlichen Unfälle in den Vereinigten Staaten jährlich 80 000 beträgt und daß davon nachgewiesenermaßen 75 Prozent hätten vermieden werden können. (In einem andern Bericht wird die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle in den Vereinigten Staaten auf 21 000 beziffert.) In England betrug die Zahl der Unfälle in den Jahren vor dem Kriege 420 000 bis 480 000. Nach dem Kriege in den Jahren 1919 bis 1922 belief sich die Zahl der Unfälle auf 280 000 bis 390 000. Tödlich war der Ausgange vor dem Kriege in 3600 bis 4200 Fällen, nach dem Kriege in 2400 bis 3300 Fällen. Bei der ungeheuren absoluten Zahl der Unfälle ist demnach eine Besserung seit dem Kriege zu verzeichnen, wobei aber der geringere Beschäftigungsgrad zu berücksichtigen ist. Erhöht hat sich die Zahl der Unfälle in der Tschechoslowakei. Sie betrug im Jahre 1923 37 000, davon 271 mit tödlichem Ausgange, im Jahre 1922 35 500 mit 776 Todesfällen (bei der letzteren Ziffer sind augenscheinlich die später eingetretenen Todesfälle miteingerechnet). Im Bericht der Gewerbeaufsicht wird betont, daß die Sicherheit der Betriebe den Kriegszustand noch nicht erreicht habe, da gegenwärtig die größte Sorgsamkeit bei der Einrichtung der Betriebe und der Führung der alten obwaltet. Die Wiederbelebung der Wirtschaft hat die Zahl der Arbeitsunfälle auch in Österreich in die Höhe getrieben. Gegenüber 1471 Unfällen mit 132 Todesfällen im Jahre 1919 betrug die Zahl der Unfälle 1920 22 227 mit 176 Todesfällen, 1921 25 870 mit 201 Todesfällen. Sowohl in der Tschechoslowakei wie in Österreich entfiel der größte Teil der Unfälle auf die Metall- und Maschinenindustrie und das Baugewerbe. Diese drei Beschäftigungszweige sind in der Tschechoslowakei für 42 Prozent der Unfälle verantwortlich. In Wien entfiel die Hälfte der Unfälle 1921 auf das Baugewerbe. In Holland betrug die Zahl der Unfälle 1920 22 228; 1921 25 435 mit 159 Todesfällen und 286 schweren Verletzungen. In Belgien ereigneten sich im Jahre 1921 52 916, 1922 57 192 Unfälle; die Zahl der Toten war 204 beziehungsweise 224. In Schweden gab es 1919 40 768 Unfälle, wovon 204 mit tödlichem Ausgange verließen; 1920 37 195, wovon 245 Todesfälle. Hier sehen wir demnach bei sinkender Anzahl der Unfälle eine Steigerung der Anzahl der

Todesfälle. Die norwegische Unfallstatistik ist sehr unvollkommen; sie berichtet für das Jahr 1920 über 3222 Unfälle mit 36 Todesfällen, für 1921 über 2589 Unfälle mit 23 Todesfällen. — Die indische Statistik berichtet nur von den Unfällen mit tödlichem Ausgang und schweren Verletzungen. Im Jahre 1920 gab es 199 Todesfälle und 5767 schwere Verletzungen, 1921 erhöhte sich die Zahl der tödlichen Unfälle auf 202, die der schweren Verletzungen auf 7006.

Die internationale Regelung der Rohstoffverteilung. Diese Idee, die in den Wirtschaftsnöten der Nachkriegszeit so lebhaft erörtert wurde, seitdem aber infolge der Produktionssteigerung aus dem Gesichtsfeld verschwand — nur auf den Kongressen der Bergarbeiter wurde die Forderung nach internationaler Verteilung der Kohle und anderer Rohstoffe aufgestellt —, beginnt jetzt auf den internationalen Verhandlungen wieder eine Rolle zu spielen. Die Steigerung der Produktion hat keineswegs die Frage des Rohstoffproblems gelöst, sowohl der Bezug wie die Preise der Rohstoffe können zu wirtschaftlichen Nivallitäten und Feindseligkeiten führen, die, wenn nicht durch internationale Vereinbarungen geregelt, die Kriegsgefahr heraufbeschwören können. Wichtig ist daher zu diesem Punkt der Vorschlag des japanischen Vertreters Adachi bei der Völkerbundtagung, der, allerdings mit einschneidenden Veränderungen, auch angenommen wurde. Der Vorschlag betonte, daß auch sogenannte innerpolitische Angelegenheiten eines Landes Feindseligkeiten zwischen verschiedenen Ländern verursachen können, weshalb sich der Völkerbund auch mit solchen Angelegenheiten beschäftigen müsse. Der japanische Delegierte hatte in erster Linie Fragen der Auswanderung im Auge. Bekanntlich werden Gehehe einzelner Staaten, die die Japaner von der Einwanderung in ihre Länder ausschließen, in Japan als feindliche Maßnahmen aufgefaßt. Die französische Regierung, die dem Grundsatz des japanischen Vorschlages weitgehend zustimmte, hat diesem eine viel weitergehende Auslegung gegeben. In dem der Regierung Herriot nahestehenden „Quotidien“, welches Blatt diesem Problem die größte Bedeutung beimißt, zählt folgende Fragen unter dieser Rubrik auf: Zoll- und Handelspolitik, Ein- und Auswanderung, Fragen der Staatsbürgerschaft, Ausweisungen, die Kontrolle der Rohstoffe, Kohle, Petroleum und Erze. Der gut-informierte Berichterstatter des „Daily Herald“, George Glcombe, berichtet in Verbindung mit den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen, daß die der Regierung Herriot nahestehenden Kreise gern eine Lösung annehmen würden, die auf eine internationale Kontrolle der Rohstoffe hinausläuft. Das Comité des Forges, dessen Vertreter mit Deutschland verhandeln, wünscht Lieferungsabkommen mit der deutschen Schwerindustrie für Kohle und Eisen abzuschließen. Glcombe befürchtet von einem solchen Abkommen die Heraufbeschwörung eines Stahlkrieges, die Zuspitzung der internationalen Nivallitäten, wenn ihnen nicht durch eine internationale Regelung beziehungsweise Verteilung der Rohstoffe die Spitze genommen wird. Französische Regierungskreise seien sich dieser Gefahren bewußt und würden eine internationale Regelung, wie oben ausgeführt, unterstützen. Es sollen hier noch die Verhandlungen des Weltfriedenskongresses in Berlin erwähnt werden. Dieser hat sich auch mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigt und forderte die Einberufung einer internationalen Konferenz für „ökonomische Abrüstung“. Der Inhalt der letzteren richtete sich zwar in erster Linie auf die Forderung des Freihandels; ohne Zweifel gehört aber zu einer ökonomischen Abrüstung auch die Regelung der Rohstofffrage im Sinne einer internationalen Kontrolle der Verteilung.

Vom Ausland.

Schweiz. Der Streik der Maler und Gipser in La-Chaux-de-Fonds ist nach achtwöchiger Dauer mit einem vollen Erfolg für unsere Kollegen beendet. Trotz guten Geschäftsganges hatten die Unternehmer vom 1. August an eine Lohnreduktion von 30 bis 40 Rappen für die Stunde beabsichtigt. Da unsere Kollegen das unerhörte Angebot einstimmig ablehnten, kam es zum Streik und obwohl die Arbeitgeber bei den mehrfachen Verhandlungen vor dem Einigungsamt mit dem geplanten Lohnabbau bis auf 5 Rappen zurückgingen, gelang es ihnen nicht, die Einigkeit und Geschlossenheit der Ausständigen zu brechen. Es hatte sich während der ganzen Dauer des Streiks auch nicht ein einziger Streikbrecher gefunden. Der abgeschlossene Tarif sieht Mindestlöhne für Maler von 1,80 Fr., für Gipser 1,90 Fr. für die Stunde vor. Hilfsarbeiter erhalten eine Lohnzulage von 10 Rappen pro Stunde. Während der zweijährigen Vertragsdauer darf keine Lohnreduktion vorgenommen werden. Eine Tarifkommission hat die Einhaltung der Vertragsbestimmungen zu überwachen. 3 Monate vor Ablauf sind die Verhandlungen über eventuelle Vertragsänderungen aufzunehmen.

Die Bedeutung dieses Kampfes geht weit über den eigenen Beruf hinaus. Mit der siegreichen Abwehr der weitgehenden Pläne der Arbeitgeber haben unsere Kollegen bahnbrechend für die Lohnverhältnisse in der französischen Schweiz gewirkt.

Fachtechnisches.

Problem-Lineal, DMSR. Unter vorstehender Bezeichnung bringt Karl Ritzschlich in Bayreuth i. S. ein zusammenlegbares Malerlineal in den Handel, das sich in 3 Teile von je 1/3 m Länge zerlegen läßt und alle Vorteile eines praktischen Werkzeugs in sich vereinigt. Die einzelnen Teile werden durch eine auf die flachen Seiten eingelassene Klammer zusammengehalten und können vereinzelt, wie auch zusammengeheftet, genau wie jedes andere Lineal in Gebrauch genommen werden. Aus gutem Buchen-

holz hergestellt, ist das Lineal bei geeigneter Behandlung, wie man sie einem solchen Werkzeug ohne weiteres angeben lassen muß, sicher jahrelang zu verwenden. Da das Lineal nach dem Gebrauch auseinandergenommen und im Werkzeugskasten transportiert werden kann, wird es vor den vielfachen Beschädigungen geschützt, die ihm erfahrungsgemäß meist von einer Arbeitsstelle zur andern allzu leicht drohen.

Literarisches.

Heft 4 der „Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde, bringt einleitend einen Artikel von Th. Seipart: „Gewerkschaften und Reichsamtsratsrat“, in dem der Wert der wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer geliebert ist und die Forderung an die Regierung gerichtet wird, nunmehr endlich den gemäß Artikel 155 der Reichsverfassung zu bildenden Reichsamtsratsrat und die ebenfalls zu schaffenden Reichsamtsratsräte ins Leben zu rufen. Weiter folgen Artikel von Prof. Lütjens über die „Gewerbedifferenzierte Arbeitslosenfürsorge“, von Lütjens über die „Betreuung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung“, von Käthe Gabel über „Gewerkschaften und Berufsberatung“, von Furtwängler über „Gewerkschaftliche Ausbildungsstellen und die Akademie der Arbeit“, von Wagner über „Probleme der Gemeinwirtschaft“, von Karl Schmidt über die „Gestaltung der Arbeitsgerichte“ und von Stetter über die „Beamtenbewegung“. Zum Schluß bringt die „Mundschau der Arbeit“ reichhaltiges Material aus den verschiedensten Gebieten. „Die Arbeit“ ist das wissenschaftliche Organ der Arbeitnehmer und muß in jeder Betriebsvertretung finden. Sie erscheint monatlich und kann durch die Filialverwaltungen respektive Ortsausschüsse des DMSR. bezogen werden.

Vom 26. Okt. bis 1. Nov. ist die 44. Beitragswoche.

Sterbetafel.

Erfurt. Am 29. September starb der Kollege Hermann Dittmar im Alter von 60 Jahren an einem Gehirnschlag.
Marburg (Zahlstelle Hersfeld). Am 12. Oktober starb nach schwerem Leiden an Bluterkrankung der Gründer unserer Zahlstelle, Kollege Friedrich Schmidt, im 88. Lebensjahre.
Wiesbaden. Am 23. Oktober starb unser Kollege Philipp Stroh, geboren am 11. April 1890 in Nauenthal, im Alter von 34 Jahren an Lungenleiden.
Wolfenbüttel. Am 14. Oktober starb unser treuer Kollege Ernst Kolloff an den Folgen einer schweren Darmkrankheit im Alter von 44 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!

Richtigstellung.

Die ersten 6 Zeilen der Mittelpalte des Zeitartikels Nr. 43 von oben sollen lauten: — Viel Zeit erforderte das Anpassen der Beiträge an die sprunghaft steigenden Stundenlöhne; hatten doch schon die vorhergehenden Jahre noch mehr als früher bewiesen, daß die Schlagkraft des Verbandes wesentlich von den Klassenverhältnissen abhängt. So schwierig es war, der anerkannten Notwendigkeit usw.

Bekanntmachung.

Achtjährige Mitgliedsbücher, die 1924 zum Umtausch kommen müssen, können schon jetzt, sofern die Beiträge bis zum Jahreseschluß in Ordnung sind, eingesandt werden. Auch die Bücher, in die voriges Jahr ein Beitragsblatt für 1924 geklebt wurde, müssen dieses Jahr zum Umtausch eingesandt werden. In keinem Falle dürfen etwa noch vorhandene Beitragsblätter für 1925 verwendet werden! Wir ersuchen die Funktionäre, die vollen Bücher vor Einlieferung genau zu prüfen, ob die Beiträge in Ordnung und die Extramarken für die 19. bis 22. Woche 1922 und 34. bis 37. Woche 1923 geklebt sind. Diese Extramarken sind von allen Mitgliedern, also auch von Lehrlingen und weiblichen, laut Statut zu leisten. Bücher, in denen diese Beiträge nicht in Ordnung sind, gehen zur Regelung an die Filialen zurück. Mit Schluß der 39. Woche scheiden die früheren beitragsfreien (schwarzen) Marken aus. Von der 40. Woche an treten die neuen Arbeitslosensmarken à 2/3 A, mit Beginn der 45. Woche die neuen Vorklassenmarken à 1/3 A in Kraft. Daher sind mit Schluß der 44. Woche die bisherigen Vorklassenmarken à 1/3, 1/5 und 2/5 ungültig. Wir ersuchen die Verwaltungen, die alten beitragsfreien und die Vorklassenmarken umgehend einzuziehen und an die Hauptkasse einzusenden.
Der Verbandsvorstand.

Anzeigen

Berlegbares Malerlineal, in jeden Arbeitstoff passend, Preis inkl. Verpackung u. Nachnahme 2 M. Karl Ritzschlich, Bayreuth, Pflanzstr. 48.

Malerschule Zimmermann früh. Kursleiter an der Gewerbeschule und staatl. Lazaretttschule

holz-Marmor-Schrift Mannheim-Neckarau
Telephon 3536
Man verlange reich illustrierten Prospekt

Vom Gehilfenverband Mannheim-Ludwigshafen als hochleistungsfähig anerkannt und empfohlen.

Abendkurse

für neue Holz- und Marmorarbeiten, auch Sonntags erteilt
Friedr. Popp, Hamburg-Eppendorf, Regelhoffstr. 27, Hochpart.